

[Antwortschreiben der Grünen]

Sehr geehrter Herr Waldhör,

danke für Ihre Anfrage.

Die Antworten dürfen wir gerne untenstehend übermitteln.

Freundliche Grüße vom Team des Dialogbüros

1. Konsequente Anpassung der Leistung an den Personalstand in Kliniken und Pflegezentren: Der Personalmangel in Kliniken und Pflegezentren führt täglich zu Überlastung und Stress für die Beschäftigten. Stimmen Sie zu, dass dieser Personalmangel rasch behoben werden muss, um die Überlastung der Kolleg:innen zu reduzieren? Wenn ja, wie planen Sie, dies umzusetzen?

Dem stimmen wir zu. Mit den Pflegepaketen haben wir wichtige Schritte gesetzt und die Richtung vorgegeben: Von besseren Rahmenbedingungen für die Ausbildung über die Entlastungswoche für Pflegekräfte ab dem 43. Lebensjahr bis hin zu Anpassungen in Sachen Kompetenzen und eigenständigem Arbeiten. Jedem Personal soll ermöglicht werden, seinen Kompetenzen entsprechend zu arbeiten und dafür die faire Anerkennung zu bekommen. Es braucht Dienstplansicherheit, mehr Möglichkeiten zur Fortbildung und Höherqualifikation. Nun muss in Kooperation mit den Ländern weiter an einer kontinuierlichen Umsetzung gearbeitet werden.

2. Steuererleichterungen ab der 32. Wochenstunde: Durch Teilzeit fehlen in unseren Betrieben wöchentlich mehr als eine Million Arbeitsstunden, was 26.000 Vollzeitmitarbeiter:innen entspricht. Um attraktivere Arbeitsangebote für Teilzeitkräfte zu schaffen, fordern wir Steuererleichterungen ab der 32. Wochenstunde. Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja, wie würden Sie dies umsetzen?

Wir halten eine Arbeitszeitverkürzung und den Ausbau elementarer Bildungseinrichtungen, des ganztägigen Betreuungsangebots an Schulen sowie professioneller Pflege für weit besser als die steuerliche Begünstigung längerer Arbeitszeiten. Letztere kann nicht nur gesundheits- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv sein, sondern ist auch verfassungsrechtlich bedenklich. Es geht darum, psychische wie körperliche Arbeitsbelastung zu verringern, Hierarchien abzubauen, bessere Planbarkeit zu schaffen und so die Hauptursachen für Teilzeit direkt anzugehen.

3. Existenzsichernde Anstellung aller Auszubildenden: Erfolgreiche Projekte in mehreren Bundesländern zeigen, dass eine existenzsichernde Anstellung für Auszubildende im Gesundheits- und Pflegebereich möglich und notwendig ist. Stimmen Sie zu, dass alle Auszubildenden existenzsichernd angestellt werden

sollten? Wenn ja, welche Maßnahmen sehen Sie vor, um dies sicherzustellen?

Es wurden dazu bereits Schritte gesetzt: Etwa mit dem Pflegegeld und dem Pflegeausbildungszuschuss von 600 Euro pro Praktikumsmonat. Die Umsetzung einer obligatorischen Anstellung fällt leider nicht in die kompetenzrechtlichen Möglichkeiten des Bundes, aber klar ist, dass zukünftig angesichts des Arbeitskräftemangels jene Dienstgeber:innen einen Vorteil haben werden, die eine Ausbildung in der Anstellung anbieten. Das so schnell wie möglich – etwa mit einer Vereinbarung der Bundesländer - umzusetzen sollte daher der nächste Schritt einer Pflegereform sein.

4. Schwerarbeit für alle Beschäftigten in Gesundheit und Pflege: Die aktuelle Schwerarbeitsverordnung ist bürokratisch und beinahe immer ablehnend. Es ist notwendig, die wesentlichen Bedürfnisse der Beschäftigten besser abzubilden. Stimmen Sie zu, dass die Schwerarbeitsverordnung reformiert werden muss? Wenn ja, wie beabsichtigen Sie, diese Reform umzusetzen?

Ja, die Grünen streben eine Modernisierung der Schwerarbeitsverordnung an, die sich an der beruflichen Realität schwer arbeitender Frauen etwa in Pflege- und Gesundheitsberufen orientiert. So lange Schwerarbeit (und die Schwerarbeitsverordnung) an 45 Versicherungsjahre und einen fiktiven Mindestverbrauch an Kalorien gebunden ist, haben Frauen, aber auch viele männliche Arbeitnehmer in Schwerarbeitsberufen keinen gleichberechtigten Zugang.

5. Stufenweise Anpassung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden: Der hohe Teilzeitanteil (31,9 Stunden durchschnittliche Arbeitszeit) zeigt, dass viele Beschäftigte die vollen Wochenstunden nicht durchhalten können. Eine stufenweise Senkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ist daher dringend notwendig. Stimmen Sie zu, dass die Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden reduziert werden sollte? Wenn ja, welche Schritte werden Sie unternehmen, um dies zu realisieren?

Ja, wir stimmen dem Befund zu und treten auch für die stufenweise Senkung der Wochenarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich ein. Das bedarf politischer Mehrheiten im Nationalrat. Eine weitere Möglichkeit ist es, spezifische Regelungen in den Bestimmungen für Schutzmaßnahmen für das Krankenpflegepersonal zu erweitern, wie es in den Pflegereformen in Verantwortung der Grünen mehrfach passiert ist. Zielführende Schritte können aber auch in Kollektivverträgen gesetzt werden.



**DEIN KLIMATICKET
IN DIE FREIHEIT**

**GRATIS
ZUM 18.
GEBURTS-
TAG**